

Überregionaler Pressespiegel 31.01.2012

Junge Welt | 31.01.2012

Juden und Muslime gegen Neonazis

Dresden. Die deutschen Spitzenorganisationen von Muslimen und Juden unterstützen das Blockade-Bündnis »Dresden nazifrei«. Stephan Kramer, Generalsekretär des Zentralrats der Juden, und Aiman Mazyek, Vorsitzender des Zentralrats der Muslime, haben beide den Aufruf zur Neonazi-Blockade im Februar in Dresden unterzeichnet, wie das Bündnis am Montag mitteilte.

Mazyek bezeichnete es als »Bürgerpflicht und Gebot der Stunde«, eine Ausbreitung von Rassismus in der Gesellschaft zu verhindern. Am 18. Februar will das Bündnis den alljährlichen Aufmarsch Tausender Rechtsextremisten in Dresden mit Blockaden verhindern. (dapd/jW)

<http://www.jungewelt.de/2012/01-31/051.php>

Leipziger Volkszeitung | 31.01.2012

Bundestagsabgeordnete unterstützen Blockade von Neonazis

Berlin/Dresden. Knapp zwei Wochen vor den geplanten Neonazi-Aufmärschen in Dresden haben 18 Bundestagsabgeordnete zu friedlichen Blockaden dieser Kundgebungen aufgerufen. Politiker der Linken, SPD und Grünen unterstützen damit den Aufruf des Bündnisses »Dresden nazifrei«. „Wir machen in diesem Jahr erneut deutlich, dass eine starke Zivilgesellschaft den Nazis keinen öffentlichen Raum überlässt“, heißt es in einer Erklärung vom Dienstag. Gerade in Zeiten, in denen Naziterror offensichtlich werde, sei Widerstand wichtiger denn je. Zu den Unterzeichnern gehören unter anderen Grünen-Chefin Claudia Roth, Linke-Vorsitzende Gesine Löttsch und die SPD-Abgeordnete Iris Gleicke. Noch am Dienstag sollte im Internet ein Videoclip geschaltet werden, der zum Protest mobilisieren soll.

In den vergangenen beiden Jahren hatten Blockaden die Neonazis in Dresden weitgehend am Marschieren gehindert. 2011 kam es zu Gewaltexzessen. Neben vielen Demonstranten wurden auch mehr als 100 Polizisten verletzt. Die sächsische Justiz ermittelte aber auch gegen Teilnehmer friedlicher Blockaden wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz. Führende Politiker der Linken erhielten Strafbefehle, weil sie sich im Februar 2010 den Rechtsextremen in den Weg gestellt hatten. Auch in diesem Jahr sind sich Gegendemonstranten über Blockaden uneins. Selbst unter Kirchenleuten gibt es unterschiedliche Auffassungen, ob dieses Mittel rechtens ist oder nicht. Befürworter einer Blockade, darunter Juristen, halten das Recht auf Gegendemonstrationen gleichfalls für ein Verfassungsgut.

In der vergangenen Woche hatten Kirchenleute unter dem Motto „Nächstenliebe verlangt Klarheit - Kein Naziaufmarsch, nirgendwo“ zum Protest aufgerufen. „Gewaltfreie Blockaden sind eine Gewissensentscheidung und gehören zum Grundrecht der freien Meinungsäußerung“, hieß es. Der Aufruf war unter anderen von den Bundestagsvizepräsidenten Katrin Göring-Eckardt (Grüne) und Wolfgang Thierse unterzeichnet. In der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsen stieß das auf Kritik.

Landesbischof Jochen Bohl sprach sich gegen Blockaden aus, ist aber für eine Gegendemonstration in Sicht- und Hörweite der Neonazis. Dpa

<http://www.lvz-online.de/nachrichten/mitteldeutschland/bundestagsabgeordnete-unterstuetzen-blockade-von-neonazis/r-mitteldeutschland-a-123397.html>

Evangelischer Pressedienst | 31.01.2012

Bohl unterstützt Aufruf zu Dresdner Massenblockaden nicht

Dresden (epd). Sachsens Landesbischof Jochen Bohl schließt sich nicht dem Aufruf zur Blockade von Neonazi-Aufmärschen um das Dresdner Kriegsgedenken an. "Unsere Landeskirche bejaht das Grundgesetz", teilte er auf Anfrage am Montag in Dresden mit. Er werde daher als leitender Geistlicher nicht dazu aufrufen, "illegale Handlungen" zu begehen. "Das käme nur in Frage, wenn ein übergesetzlicher Notstand vorliegen würde". Davon könne in diesem Fall aber keine Rede sein.

Bohl distanziert sich damit von einem Aufruf der "Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus". 50 Politiker und Theologen hatten vergangene Woche zur Beteiligung an den Blockaden des Bündnisses "Dresden Nazifrei" aufgerufen. Zu den Unterstützern zählten auch die Landesbischöfin der Evangelischen Kirche Mitteldeutschlands, Ilse Junkermann, und der Hannoveraner Bischof, Ralf Meister. Die sächsischen Behörden werten die Blockaden von genehmigten Aufmärschen als Straftat.

Bohl bezog sich in seiner Haltung auch auf den früheren Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier. Auch dieser halte die Blockaden erlaubter Demonstrationen für illegal. Dennoch sprach der Landesbischof von einer Gewissensentscheidung. "Christenmenschen", die sich trotz möglicher Nachteile für die Teilnahme an Blockaden entschieden, genossen seinen Respekt, sagte Bohl. Er unterstütze aber die von der städtischen Arbeitsgruppe "13. Februar" initiierten Veranstaltungen. Dazu gehört unter anderem eine Großkundgebung gegen Rechts am 18. Februar.

Das Bündnis "Dresden Nazifrei" hat derweil weitere prominente Unterstützung für seine geplanten Massenproteste gegen die Nazi-Aufzüge erhalten. Den Blockadeaufruf hätten auch der Generalsekretär des Zentralrats der Juden, Stephan Kramer, und der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime, Aiman Mazyek, unterschrieben, teilte das Bündnis am Montag in Dresden mit.

Zum Dresdner Kriegsgedenken am 13. Februar und dem Wochenende danach marschieren jährlich Tausende Neonazis auf. In diesem Jahr mobilisiert die rechte Szene ihre Anhänger vor allem für den 13. Februar, der auf einen Montag fällt. Die Wochenendaufmärsche der Nazis scheiterten bereits 2010 und 2011 an den Blockaden. Der Aufruf des Bündnisses "Dresden Nazifrei" wird bereits von zahlreichen Künstlern, Politikern, Vereinen und Gewerkschaften unterstützt. Es werden wieder Tausende Teilnehmer zu den Blockaden erwartet, ebenso zu der Menschenkette und der Kundgebung der Stadt.

<http://www.epd.de/landesdienst/landesdienst-ost/schwerpunktartikel/bohl-unterst%C3%BCtzt-aufruf-zu-dresdner-massenblockaden>
